

Dank EEG darf der Stromkunde immer mehr bezahlen

Anstelle von Defiziten lagern mittlerweile 4,9 Milliarden € auf dem Konto, auf das die EEG-Umlagen eingezahlt werden. Jetzt ist ein neuer Konto-Höchststand erreicht. Das Geld stammt von den Stromkunden, die derzeit auf jede Kilowattstunde verbrauchten Stroms 6,88 Cent Umlage zahlen müssen. Aus dem Geld, so sieht es das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) vor, erhalten die Betreiber von Windrädern und Solaranlagen, Biomasse- und Wasserkraftwerken ihre garantierte Vergütung. 14 Milliarden € haben die Stromkunden im ersten Halbjahr zusammengetragen, doch abgeflossen sind nur 12 Milliarden €. Rechnet man die 2,9 Milliarden € hinzu, die im vorigen Jahr auf diesem Konto lagen, ergibt sich ein 4,9-Rekordplus. Verwaltet wird das Geld von den Betreibern der deutschen Stromtrassen, der Übertragungsnetze. Das Gesetz verpflichtet die Netzbetreiber dazu, die Überschüsse zu verzinsen und zwar mit 0,3 Prozent über dem Euribor, dem Referenzzinssatz für Geschäfte zwischen Banken. Der liegt dennoch derzeit im Monatsschnitt bei knapp minus 0,4 Prozent. Die Folge sind negative Zinsen.

Weniger als 2500 € Verdienst = spätere Armut

Es zeichnet sich immer mehr ab, was Prognosen schon seit Jahren vorhersagen. Läge das Rentenniveau heute bei 42 Prozent, bekämen nur diejenigen eine gesetzliche Rente in Höhe der durchschnittlichen Grundsicherung, die mehr als 40 Jahre ein Bruttoeinkommen von aktuell mindestens 2.500 € hatten. Die Aussichten ganz besonders für Arbeiter und berufstätig Beschäftigte sind derzeit düster, sie werden auf Grundsicherung angewiesen sein, wenn das Rentenniveau weiter sinkt. Da die Renten seit ungefähr 15 Jahren weniger als die Löhne steigen, müssten Berufstätige privat vorsorgen, um ihren Lebensstandard im Alter halten zu können. Das Problem ist, dass bei den meisten die Einkommen nicht reichen, um eine solche finanzieren zu können.

Schorndorf und was danach kam

Sexuelle Übergriffe und Krawalle auf dem Schorndorfer Volksfest gingen durch alle Medien in der BRD. Diese Entgleisungen haben auch im baden-württembergischen Landtag ein Nachspiel. Aus einer Ansammlung von zirka 1000 jungen Leuten, wovon ein großer Teil offensichtlich Migranten gewesen sind, wurden Straftaten begangen. Danach folgte die Schelte an der Polizei, die die Situation nicht politisch korrekt dargestellt hätte. Stein des Anstoßes war die Benennung der Herkunft vieler Täter, demnach wäre lediglich dieser fadenscheinige Gesamteindruck aufgeworfen. Im weiteren Verlauf wurde die Personengruppe auf mehrere Hundert reduziert betrachtet (*critical mass*) und die Beteiligung von Asylanten in ein unscheinbares Licht gerückt. Es bleibt zu hoffen, dass die Zuschauer und Wähler in diesem Land dieses Spielchen schnellstens durchschauen.

Hausbesetzende Asylanten sollen Schule räumen

Was nur wenigen Deutschen gelingen würde, schafften einige Asylanten in Berlin in nur fünf Jahren. Dort halten sie aktuell noch eine Schule im Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg besetzt und trotzen bislang jeder Räumungsaufforderung. Mittlerweile gibt es einen Räumungsbescheid, aber auch tatkräftige und finanzielle Unterstützung für die Hausbesetzer durch Grüne Politiker.

Diese Geschichte ist so lang, wie die Zahl der nach Deutschland kommenden Zuwanderer-Ströme. Im Herbst 2012 waren die Asylanten aus Würzburg in einem Protestmarsch Richtung Berlin aufgebrochen. Sie wollten damals angeblich, unter anderem gegen das Andauern der Asylverfahren demonstrieren – und gegen ihre Residenzpflicht, die behördliche Auflage, sich nur in einem begrenzten Bereich aufhalten zu dürfen. Am Anfang campierten Teile dieser Asylbewerber am Brandenburger Tor und auf dem Kreuzberger Oranienplatz. Im Dezember 2012 wurde die leer stehende Schule besetzt und entwickelte sich rasch zu einem Massenlager, bis zu 250 Personen besetzten zeitweise die Schule. Dort blieb es auch nicht lange friedlich. Es kam unter einander zu gewaltsamen Übergriffen und es wurde gemordet, als im Jahr 2014 ein Gambier einen Marokkaner niederstach.

Mehr islamistische Gefährder in Deutschland denn je

Laut Bundeskriminalamt hat sich die Zahl islamistischer Gefährder in Deutschland auf aktuell 690 erhöht. Schon im Februar d. J. hatte das Bundesinnenministerium rund 600 Gefährder vermeldet. Der BKA-Präsident, Holger Münch, führte dazu gegenüber den Medien aus, dass tatsächlich das größte Risiko eines terroristischen Anschlags von Islamisten ausgeht. Es befinden sich momentan nicht einmal alle Gefährder in Deutschland. Unter den Kämpfern des "Islamischen Staates" und anderer Terrormilizen in Syrien und im Irak sind tausende Ausländer. Mehr als 930 Islamisten aus Deutschland sind nach Erkenntnissen des Bundeskriminalamtes (BKA) in den vergangenen Jahren in Richtung Syrien und in den Irak gewandert, um für die Terrororganisation "Islamischer Staat" oder andere terroristische Gruppierungen zu kämpfen oder diese zu unterstützen, zirka 145 kamen dabei ums Leben. Diejenigen, die die Kämpfe überleben, werden überwiegend nach Deutschland zurückkehren und nebenher ihr gestörtes Verhältnis zu Macht, Gewalt und Sexualität intensiviert, vielleicht sogar trainiert haben, um noch ausführungsbereiter gegenüber Gewalt- und Schandtaten zu sein.

KURZ UND BÜNDIG

WENN KOMMUNEN LINKE PROJEKTE UNTERSTÜTZTEN

Es ist kein Einzelfall und in vielen Kommunen so oder ähnlich nicht vorzufinden. Das Beispiel dafür ist Düsseldorf. Seit mehreren Jahren findet in der nordrhein-westfälischen Hauptstadt das Konzert "Rock gegen Rechts" statt, welches als große Party der linken Szene gilt. Es treten viele solcher Formationen, die als linksextremistische Organisationen vom Verfassungsschutz überwacht werden und wahlweise als gewaltbereit gelten, auf. Finanzielle Unterstützung erfährt das Projekt regelmäßig vom Kulturausschuss der Stadt Düsseldorf. Es wurden in den vergangenen Jahren je Veranstaltung 4.000 € bewilligt, 2.000 € in diesem Jahr weniger, um den Fehlbedarf zu decken.

Damit nicht genug, das "Zakk", ein bekannter Treffpunkt für Linksorientierte, erfreut sich jährlich über fast eine Million €. Unter den leitenden Angestellten befinden sich auch solche, die sich wegen Straftaten aktuell vor Gericht verantworten müssen, weil sie auf Gegendemonstrationen, auch zu Veranstaltungen der lokalen Republikaner einige Delikte, wie schweren Landfriedensbruch begangen haben sollen. Es verwundert auch nicht mehr, wenn Graffiti-Aktionen, die mit städtischen Geldern unterstützt werden, unerwartet in Gewaltexzesse enden, in denen heimliche Gewalt gegen Polizisten verherrlicht wird.

Diese Vorkommnisse sind nicht zufällig, sondern das Ergebnis von jahrzehntelanger Verleugnung. Der Fokus lag hauptsächlich auf rechtsextremistische Tendenzen, wobei sich viel zu oft die Sponsoren selbst ausgewählt haben, wen sie zu den angeblichen Rechten zählen und wen nicht. Wir meinen, es wichtig, auf diese Projekte aufmerksam zu machen. So werden die Republikaner, z. B. in Düsseldorf mit zwei Anfragen, den Schmierereien und der Unterstützung von "Rock gegen Rechts" und dem "Zakk" auf den Grund gehen. Bereits Ende 2016 wurde das Problem im Düsseldorfer Stadtrat von uns thematisiert und 3 Monate später erneut von der CDU aufgegriffen. Jetzt können SPD, Grüne und FDP zeigen, wie ernst es ihnen wirklich ist, wenn es um die Ächtung von Extremismus insgesamt geht.

LEISTUNGSBERECHTIGTE ASYLANTEN KOSTEN KRANKENKASSEN MONATLICH 20 MILLIONEN

Die Zahl der leistungsberechtigten Asylanten steigt stetig an und damit auch die Unkosten. Laut Bundesagentur für Arbeit gab es im März d. J. 564.000 erwerbsfähige Leistungsberechtigte unter den Asylbewerbern. Vergleicht man diese Zahl mit denen des Vorjahres, wird der Trend umso deutlicher. Im vergangenen Jahr waren es nur 283.000 Personen, also die Hälfte, damit dürfte aber noch lange nicht der Höchststand erreicht sein. Wahrscheinlicher ist die Annahme, dass diese Zunahme sich weiterhin fortsetzen möchte und in den kommenden Jahren noch eine Kosten-Explosion verursacht. Über kurz oder lang werden dann wohl die Beitragssätze steigen müssen, denn die Krankenkassen werden einen Ausgleich suchen müssen und den höchstwahrscheinlich in den Beitragssätzen finden.

HEIMAT GESTALTEN - REPUBLIKANER WERDEN

Werden Sie Mitglied und Unterstützer unserer Partei. Unser Land hat bereits zu viele Zuschauer, aber besonders heute ist es wichtiger denn je, dass mehr Menschen ihren Anteil zu zwingend notwendigen Veränderungen leisten. Jeder kann sich einbringen, entweder als aktives Mitglied oder als passiver Unterstützer. Werden Sie Republikaner und Teil einer Oppositionskraft, die sich primär für die Interessen unserer Bevölkerung und für den Erhalt unserer Identität und Kultur einsetzt. Wir stehen fest auf dem Boden der Verfassung, lassen uns aber von denen, die uns in Grund und Boden regieren, keinen Maulkorb verpassen. Jetzt ist Ihre Chance sich zu beteiligen. Nutzen Sie diese, bevor unsere Heimat noch mehr Schaden nimmt. **Einen Aufnahmeantrag finden Sie auf Seite 4 oder <http://www.rep.de/mitglied-werden>**



[Unterstützen Sie uns mit einer Spende?](#)

Spendenkonto: DIE REPUBLIKANER (REP) Postbank Dortmund,
IBAN:DE60440100460387450460 BIC: PBNKDEFFXXX

Sie haben Fragen? bund@rep.de

Informieren Sie sich über unsere Arbeit

- Ich möchte mehr über die Partei erfahren.
- Bitte laden Sie mich zu einer Veranstaltung ein.
- Ich möchte Mitglied werden.

VERANSTALTUNGEN

- **Heidelberg:** einmal im Monat. Informationen unter heidelberg@rep.de oder 0157/30663871.
- **Karlsruhe Land:** Regelmäßige politischer Stammtische, z.B. am **30.07**, 10.00 Uhr, in Wiesental. Am **26.08.17** findet das Sommerfest des Kreisverbandes statt, 16.00 Uhr, in Oberhausen-Rheinhausen (Karlsruhe Land). Weitere Informationen unter 07254-72375.
- **München:** Stammtisch mit Infoveranstaltung jeden zweiten Dienstag im Monat ab 19 Uhr im Gasthof Zum Goldenen Roß, Rosenheimer Str. 189, 81671 München. Näheres unter 089/2158367.
- **Erding:** Stammtisch jeden dritten Freitag im Monat ab 19.30 Uhr beim Lindewirt in Erding/Bergham (Nähe S-Bahn-Station Aufhausen). Regelmäßige Infostände in Erding, Dorfen und Taufkirchen; Info unter Tel. 08083/8717.
- **Nürnberger Land:** Stammtisch jeden vierten Samstag im Monat ab 19.30 Uhr, Gaststätte „Zum Goldenen Stern“, Nürnberger Str. 7, 91224 Pommelsbrunn. Info unter 01522-2624313.
- **Kissing:** Jeden ersten Montag im Monat (außer August) findet ein politischer Stammtisch statt. Beginn 19.30 Uhr, Gaststätte Relax't, Peterhofstr.15, 8438 Kissing.
- **Forchheim:** In Forchheim führen die Republikaner einen monatlichen Stammtisch durch. Interessenten mögen sich bitte bei dem Bezirksvorsitzenden und REP-Kreisrat Herrn Noffke melden: 09191/31880.
- **Frankfurt am Main:** Politischer Stammtisch am ersten Dienstag im Monat. Info: 069/522500.
- **Kassel:** Tel. 0661/603746, vierwöchentliches Informationstreffen.
- **Düsseldorf:** Monatlicher Informationsabend des REP-Kreisverbandes: duesseldorf@rep.de oder Tel./Fax 0211-6022383. Zudem findet am 3.10 wieder das jährliche Sommerfest statt.
- **Köln:** Monatliche Informationsveranstaltungen; Einladung schriftlich über den Kreisverband: koeln@rep.de.
- **Aachen:** Politischer Informationsabend jeden ersten Freitag im Monat um 18 Uhr. Näheres unter nrw@rep.de.
- **Wuppertal:** Monatlicher Stammtisch, Einladungen erfolgen schriftlich. Kontakt unter: wuppertal@rep.de.
- **Bochum:** Monatlicher Informationsabend / Ruhrstammtisch. Kontakt unter: bochum@rep.de.
- **Essen:** Monatlicher Informationsabend der Republikaner in Essen. Kontakt über: nrw@rep.de
- **Dortmund:** Monatlicher Informationsabend: Kontakt unter dortmund@rep.de.
- **Ostwestfalen-Lippe:** Jeden ersten Montag im Monat, um 20.00 Uhr, in Herford. Informationen unter nrw@rep.de.
- **Mettmann:** Am 21. Juni 2017 führen die Republikaner eine Informationsveranstaltung durch. Beginn: 19.00 Uhr. Interessenten können Sie über Email bei uns melden: nrw@rep.de
- **Kreis Kleve:** Monatliche Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Kleve, jeden zweiten Freitag im Monat. Interessierte Bürger können sich per E-Mail eine Einladung über den Landesverband senden lassen: kleve@rep.de
- **Vogtland:** Die Republikaner im Vogtland führen jeweils eine monatliche Informationsveranstaltung durch. Einladungen erfolgen schriftlich und können unter nachfolgender E-Mail-Adresse angefragt werden: sachsen@rep.de

Antrag auf Mitgliedschaft

Sie können diesen Antrag in Acrobat ausfüllen und dann ausdrucken oder ausdrucken und dann per Hand ausfüllen (bitte in Blockschrift). Den ausgefüllten Antrag senden Sie bitte per Post an folgende Adresse:

DIE REPUBLIKANER (REP)
Bundesverband
Postfach 870210
13162 Berlin



Ich bin *dabei!*

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen der Republikaner und ihrer Satzung. Ich sehe in der Verteidigung des freiheitlich demokratischen Rechtsstaates gegen innere und äußere Feinde eine der wichtigsten politischen Aufgaben. Das unterstreiche ich durch folgende Erklärung: Ich werde mich stets für folgende Verfassungsgrundsätze besonders einsetzen und sie verteidigen. 1) Das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier und geheimer Wahl zu wählen; 2) Die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetzgebung und Recht; 3) Das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition; 4) Die Ablösbarkeit der Regierung und ihrer Verantwortung gegenüber der Volksvertretung; 5) Die Unabhängigkeit der Gerichte; 6) Der Ausschluß jeder Gewalt- und Willkürherrschaft; 7) Die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

E-Mail: bund@rep.de

Titel, Vorname, Nachname _____

Straße, Hausnummer _____

Postleitzahl _____ Wohnort _____

Telefon _____ Telefax _____

E-Post _____

Konfession / Beruf / Tätigkeit _____ Geburtsdatum _____

Frühere Parteimitgliedschaft in ... /von > bis; Mitgliedschaft in Gewerkschaften/anderen Vereinen _____

Datum / Unterschrift _____

Bitte senden Sie mir die Parteizeitung per Post
 Ich möchte den Infobrief der REPUBLIKANER per E-Post beziehen

Betrag (€ pro Monat) _____ Zahlungsart Überweisung Lastschrift Zahlungsrhythmus jährlich halbjährlich

Beitrag mind. 10,00 € monatlich, bzw. 5 € für Rentner, Azubis, Arbeitslose, Studenten, Personen mit geringem Einkommen. Die Aufnahmegebühr beträgt 10 €.

Erteilung eines SEPA-Lastschriftmandates

Hiermit ermächtige ich die Republikaner, vertreten durch den empfangsberechtigten Landesverband, widerruflich von unten genanntem Girokonto, die von mir zu entrichtenden Beiträge im Lastschriftverfahren (Bankabbuchung) einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von den Republikanern eingezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von 8 Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit dem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Vor dem ersten Einzug einer SEPA-Basis-Lastschrift werden mich Die Republikaner über den Einzug in dieser Verfahrensart unterrichten.

Kreditinstitut _____ BIC/Swift-Code _____

IBAN _____

Datum / Unterschrift _____

Aufnahmeantrag angenommen				Interne Bearbeitung
Kreisverband <hr/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> <hr/> Unterschrift	Bezirksverband <hr/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> <hr/> Unterschrift	Landesverband <hr/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> <hr/> Unterschrift	Bundesverband <hr/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> <hr/> Unterschrift	Datum EG EDV Ausw. Mitgl.nr.